

**Andreas Heinemann-Grüder, Isabella Bauer (Hrsg.), Zivile Konfliktbearbeitung. Vom Anspruch zur Wirklichkeit, Opladen, Berlin, Toronto (Verlag Barbara Budrich), 2013.**

Sicherheits- und Friedenspolitik ist nicht nur in Deutschland in große Schwierigkeiten geraten; denn die Interventionen der Vereinten Nationen und der NATO wurden zwar mit viel Elan und hohem Aufwand begonnen, doch die Ergebnisse sind keineswegs überzeugend. Afghanistan ist das deutlichste Beispiel für eine Intervention, die auch nach einem Jahrzehnt keine wirklich friedliche Entwicklung in Aussicht stellt. Weil die militärischen Interventionen keinen nachhaltigen Frieden brachten, fordern friedens- und sicherheitspolitische Akteure eine höhere Priorität für zivile Konfliktbearbeitung. Gewaltsame Konflikte mit zivilen, gewaltfreien Mitteln zu bearbeiten klingt positiv. Aber, Anspruch und Wirklichkeit, so die Grundthese dieses Sammelbandes, klaffen auseinander. Ist der Anspruch der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten zu hoch, sind die Dynamiken der Konflikte zu komplex oder fehlen der zivilen Konfliktbearbeitung lediglich die notwendigen Ressourcen? Die Herausgeber wollen mit diesem Band herausfinden, wie zivile Konfliktbearbeitung in Konflikten wirkt, welche Friedensethik die Grundlage bildet, welche Konzepte angeboten, welche Lehren aus den bisherigen Erfahrungen gezogen und wie Erfolge gemessen werden; sie haben dies in Leitfragen formuliert (S. 18).

Beflügelt von der UN „Agenda für den Frieden“ aus dem Jahr 1992 wurde, gerade auch in Deutschland, das Ziel der Friedensförderung als politische Herausforderung verstanden; die Entwicklungszusammenarbeit stellte sich mit Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung der neuen Aufgabe. Das strategische Oberziel lautet: „Staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen sollen so ausgerichtet sein, dass eine friedliche und sozial gerechte Aneignung von Macht wahrscheinlicher wird“ (Bauer, S. 172).

Die Herausgeber gliedern den Sammelband in fünf Abschnitte: 1. Anspruch, 2. Konzeptionelle Begründungen, 3. Ansät-

ze und Handlungsfelder, 4. Fallbeispiele und 5. Lehren.

Im ersten Abschnitt erläutern die Herausgeber kurz und knapp, was die zivile Konfliktbearbeitung, als Gegenbegriff zur militärischen Intervention, erreichen will. Es folgt ein Beitrag von Winfried Nachtwei, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten der Grünen, einem Vordenker und Unterstützer des Konzepts der zivilen Konfliktbearbeitung, in dem er den schwierigen Weg zur Etablierung dieses Konzepts in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik beschreibt.

Drei Kapitel, von den beiden Herausgebern und Karl Ernst Nipkow geschrieben, erörtern die konzeptionellen Bedingungen ziviler Konfliktbearbeitung. Dabei heben sie sämtlich auf die friedensethischen Grundlagen ab und präsentieren das theoretische Fundament dieses Konzepts, betonen aber auch die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Durchsetzung gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Lesenswert sind diese Kapitel auch deshalb, weil sie verdeutlichen, dass auch das Konzept der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung nach Maßstäben suchen muss, um Präferenzen und Güter abzuwagen und Wahlentscheidungen für die Rechtfertigung des eigenen Handelns in der Konfliktbearbeitung treffen zu können (S. 63).

Im dritten Abschnitt des Buches „Ansätze und Handlungsfelder“ beschäftigen sich vier Kapitel mit einigen zentralen Aspekten der zivilen Konfliktbearbeitung. Ulrich Schneckener fasst die Ergebnisse eines größeren Forschungsprojekts zusammen, in dem er den Umgang internationaler NROs mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren untersucht hat. Er verdeutlicht, dass die sogenannten „Störenfriede“ in einen Friedensprozess einbezogen werden müssen, wenn ein Konflikt nachhaltig beendet werden soll, dass sich aber die NROs, die sich diesem schwierigen Unterfangen stellen, in einer „Grauzone“ bewegen, „wo externe staatliche Akteure entweder nicht agieren wollen oder aber auch gar nicht ‚willkommen‘ wären,“ da die bewaffneten Gruppen ihnen nicht trauen (S. 104). Natascha Zupan stellt das Konzept der ‚Transitional Justice‘ vor und kommt zu dem Schluss, dass die Erfahrungen der Wahrheits- und Versöhnungskommissionen in verschie-

denen Ländern gezeigt haben, dass diese Art der Konfliktbewältigung unabdingbar ist. Sie fordert, dass die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik in diesem Bereich einen strategischen Schwerpunkt setzen sollte. Michael Ashkenazi und Jan Grebe, Mitarbeiter des BICC, untersuchen die Bedeutung traditioneller Konfliktbearbeitung, in dem sie traditionelle Mechanismen zur Bearbeitung von Konflikten im Königreich der Akan in Ghana, in Fürstentümern auf Timor und in anführerlosen Gemeinschaften der Acholi in Norduganda untersuchen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass traditionelle Konfliktbearbeitung einen komplementären Dienst leisten kann, aber ein transparentes und effizientes nationales Justizsystem von großer Bedeutung ist. Schließlich stellt Anna Lübbe in diesem dritten Abschnitt das Konzept der „Aufstellungsarbeit“ vor – ein aus der Psychologie entlehntes Konzept zur Bearbeitung von Gruppenkonflikten, das allerdings in diesem Kontext erst in seinen Anfängen steckt und der Weiterentwicklung bedarf.

Der vierte Abschnitt präsentiert fünf Fallbeispiele zu Deeskalation und Eskalation in gewaltsaamen Gruppenkonflikten in Ghana und Uganda (Artur Bogner und Dieter Neubert), über die Rolle lokaler und internationaler Akteure in der Friedensentwicklung (Isabella Bauer), über transethnische Bildungsarbeit nach einem Konflikt am Beispiel Mazedoniens (Kirsten Schönefeld), über den arabischen Frühling und professionelle Friedensförderung (Cordula Reiman) und über Unternehmen als Verursacher von Konflikten und ihr Beitrag zur Transformation (Friedel Hütz-Adam). Die präsentierten Fallbeispiele sind thematisch und methodisch sehr breit gespannt. Sie reichen von anthropologisch ausgerichteten Untersuchungen kleiner Gruppen bis hin zu eher politikwissenschaftlichen Zugängen zu großen Gesellschaften oder globalen Zusammenhängen. Nicht immer stehen dabei die von den Herausgebern formulierten Leitfragen im Zentrum der Betrachtung. Auch ist die Trennung zwischen den Fallstudien und den im Abschnitt fünf („Lehren“) präsentierten „Leuchttürmen ziviler Konfliktbearbeitung“, in der Karoline Caesar drei erfolgreiche Friedensprojekte aus dem Senegal, aus Burundi und Guinea-Bissau vorstellt, nicht klar.

Zu den Lehren, die heute aus der praktischen Arbeit gezogen werden sollen, gehört auch, die Effizienz ziviler Konfliktbearbeitung zu untersuchen. Dies geschieht im vorletzten (zu knappen) Kapitel von Denis Matveev, der vor allem auf Erfahrungen im Schwarzegebiet verweist. Leider erfährt der Leser in diesem Kapitel nicht wirklich, wie in Zukunft zivile Konfliktbearbeitung nach Effizienzkriterien bewertet und beurteilt werden kann. Das Buch spiegelt in diesem Abschnitt den Stand der (weithin fehlenden) Forschung in diesem Bereich wider.

Die Herausgeber machen im Schlusskapitel deutlich, dass verschiedene Konflikttypen mit großer Wahrscheinlichkeit die Agenda der nächsten Jahre bestimmen werden: Hochrüstung, Ressourcenkonflikte, Konflikte in instabilen oder fragilen Regimen und Konflikte aufgrund von Migrationsbewegungen (S. 239). Das Buch verweist in seinen vielfältigen Facetten darauf, dass zivile Konfliktbearbeitung zur Antizipation und zur Prävention dieser Konflikte einen wichtigen Beitrag leisten kann, dass dazu aber zivilgesellschaftliche Akteure einerseits gestärkt (S. 166), andererseits aber diese Akteure in ihrer Bedeutung für den Frieden differenziert betrachtet werden müssen (S. 241). Nicht jeder zivile Akteur handelt friedensförderlich. Erforderlich ist es, wegzukommen von kurzfristigen Interventionen externer Akteure und stattdessen einen langfristigen, lokal orientierten und gesteuerten Prozess zu stützen. Schließlich bedarf es, soll zivile Konfliktbearbeitung erfolgreich sein, einer Erhöhung der verfügbaren Ressourcen und der legitimierten Mandatierung der zivilen Interventionen.

„Zivile Konfliktbearbeitung“ ist ein lebenswertes Buch. Die Bandbreite der Themen, der vorgestellten Methoden, der erörterten Fälle und die daraus zu ziehenden Lehren werden anschaulich und anregend präsentiert. Es ist ein policy-orientiertes Buch, dessen Ergebnisse vor allem bei künftiger Friedensarbeit berücksichtigt werden sollten. Das Buch macht aber auch deutlich, dass viele Fragen der zivilen Konfliktbearbeitung noch unbeantwortet sind.

Herbert Wulf

**Johannes M. Becker, Gert Sommer (Eds.), *Der Libyen-Krieg – Das Öl und die „Verantwortung zu Schützen“*, Berlin (LIT Verlag), 2012.**

The edited book by Johannes M. Becker and Gert Sommer *“Der Lybien-Krieg - Das Öl und die ‘Verantwortung zu schützen’”* (The Libya War – Oil and the ‘Responsibility to Protect’) offers an alternative interpretation of the motives, goals and justifications of the West for the intervention in Libya in 2011.

In particular, the anthology provides the reader with a narrative that sharply differs from the official one held by Western governments and, partially, also by the media. The official argument that the West had a “responsibility to protect” (R2P) Libya’s citizens from Colonel Muammar Gaddafi’s militant attacks is rejected by the editors. Instead, the argument is that the intervention in Libya was rather based on economic, strategic and political reasons and that the legal norm R2P was merely used to legitimize the intervention. The book puts the Libya war in perspective with other Western interventionist wars of the past few years, such as in former Yugoslavia, Afghanistan and Iraq. According to the authors, these wars violated international law, caused vast amounts of damage and costs and were based on lies as well as on constructed images of the ‘enemy’ to obtain legitimization.

The book goes, however, beyond the scope of this argument and illustrates also other aspects of the conflict in Libya. The 13 chapters *inter alia* deal with an overview of Libya’s history since Gaddafi came to power, a detailed definition and in-depth discussion of the R2P-concept, an analysis of the conflict in Libya from the perspective of international law, the alleged ‘real’ Western interests in toppling Gaddafi, the specific strategic interest of France regarding EU power politics, and Germany in particular, an analysis of Gaddafi’s Libya in the context of the Arab world, the role of (Western) media in justifying the intervention, the Western image of Gaddafi and how it changed in the course of the conflict, arms deliveries to Libya, and the cultural aspects of the conflict.

Chapters five (‘The Libya War and the Interests of NATO’) and six (“Germany, France and the Libya War”) will be analyzed in more detail because their topics are closely interlinked: They examine alternative Western motives for the intervention and contain direct cross-references.

‘The Libya War and the Interests of NATO’, by Jürgen Wagner, constitutes an interesting and refreshingly different approach to the Libya intervention. It is argued that for the West, Gaddafi was an unreliable and not entirely loyal partner. He kept Libya’s vast oil resources under national control and only partly opened it to Western corporations. Arguably, this did not generate enough profit for the West that rather favored a Libyan leader that acted as a Western agent and not as independently as Gaddafi did. This argument, however, appears questionable. After all, Gaddafi’s regime was stable and did co-operate with the West. NATO had no guarantee that after his removal, Libya would not face civil war, fragmentation or an anti-Western, Islamist government.

Moreover, Wagner argues that the West intervened in Libya to control and suppress the revolutions of the Arab Spring. Yet, this argument is also disputable. Generally, in the Arab revolutions partially Islamic uprisings sought to topple secular, authoritarian leaders. Libya in this regard is no exception. Therefore, it appears more logical to argue that by intervening in Libya, the West actually *supported* and *encouraged* the Arab revolutionaries to continue. This claim finds support in the fact that after the Western intervention in Libya the Arab revolutions *increased* rather than decreased.

Wagner’s article nevertheless contains several interesting points. The author argues that the intervention in Libya was supposed to introduce a new way of NATO warfare. Arguably, the ‘leading from behind’-concept was tested successfully: A rebel group was endowed with weapons and media attention, while NATO states only acted in a very limited scope. Furthermore, a ‘transatlantic new deal’ was formed: The US recognized Europe’s military personality and in turn demanded more European involvement. Lastly, in chapter five it is argued that R2P is deliberately kept vague to prevent a ‘duty to protect’ from coming into existence.

On the one hand, it is positive that the chapter is written in a clear-cut, direct way and that it views the Libya conflict from a new perspective. On the other hand, however, it must be said that it contains numerous bold claims, while not giving enough evidence to support them; mostly only quotes from newspapers are used.

In chapter six ('Germany, France and the Libya War'), Uli Cremer argues that France participated in the Libya intervention to counter Germany's power gain in the EU and that Germany abstained from participation to reject France's power politics. Supposedly, Germany is becoming the economic and political leader of the EU, at the expense of France. The French president Nicolas Sarkozy hence decided to engage in the Libya intervention to display France's military power that is, unlike Germany's, substantial. Arguably, the German government expected the intervention to be a failure and wanted to stay out of it to further weaken France. While this surely constitutes an interesting and partly justified argument, it remains doubtful that Germany's decision is purely due to the German-French relationship. Another reason that is neglected by Cremer is the German domestic dimension: The German foreign minister Westerwelle, at that time the leader of the Liberal Party (FDP), might have taken the decision to endow his party and himself with more profile and to thereby improve poll results. Likewise, Germany is known for having a more reluctant attitude to using military power in foreign affairs than France and the UK. Moreover, while it is interesting and most likely true that Germany is gaining power, it is doubtful that Germany (as the only country besides the US, as the author argues) possessed the military means to lead the Libya intervention to success and that Germany's abstention from participating in Libya can be interpreted as a new German foreign policy orientation away from the West and towards the East.

All in all, the edited book "*Der Lybien-Krieg - Das Öl und die 'Verantwortung zu schützen'*" provides interesting supplemental perspectives on the Libya conflict and is geared to readers who already have substantial knowledge on the

topic. Because of its alternative nature, the book enables the reader to question the previously consulted 'mainstream' sources. Readers should, however, be aware that the book needs to be read with a pinch of salt: Because of its unusual and alternative interpretation of the conflict, it should not be read as an introductory piece on the topic but previous information should be available to be able read *critically*. This is necessary because the content is sometimes rather one-sided and partial. Additionally, the book is sometimes repetitive because of the similarity of the contributors' attitudes. The non-scientific usage of sources (Wikipedia articles, Youtube videos and newspaper articles, instead of scientific literature) could be excused by the fact that the book's topic is very recent, a circumstance that should be mentioned positively, and that therefore, not many scientific articles are available yet. Lastly, one could criticize the authors for only voicing disapproval but not offering any alternative solutions. For instance, it is not stated how the Libyan rebellion could have prevented its elimination by Gaddafi's troops without NATO support or which moral implications NATO would have had not to intervene. Despite this, however, reading the book is commendable for those readers who can put the content into perspective.

Marc Quedenbaum

**Daniel Flemes, Dirk Nabers, Detlef Nolte (Hrsg.), Macht, Führung und Regionale Ordnung: Theorien und Forschungsperspektiven, Baden-Baden (Nomos Verlag), 2012.**

Die sogenannten Schwellenländer gewinnen bei der Gestaltung der globalen Ordnung immer weiter an Einfluss. Der Versuch, die Rolle dieser Staaten mittels konventioneller polarer Theoriemodelle (Realismus) oder abstrakter Begriffsbildungen (z. B. Groß- und Mittelmacht) wissenschaftlich zu definieren, stößt jedoch an Grenzen. Dies ist die Lacuna, die die Verfasser eines neuen Sammelbandes zum Thema Regionalismus und globale Ordnung – Daniel Flemes und Detlef Nolte vom German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg sowie Dirk Nabers von der Christian-Albrechts-Universität, Kiel füllen

wollen. Dreh- und Angelpunkt ist bei ihnen der Begriff der „regionalen Führungsmacht“, den sie theoretisch-konzeptionell fundieren und in den Kontext breiterer Theoriedebatten der Internationalen Beziehungen einordnen.

Zunächst stellen die Herausgeber in einer Einführung verschiedene Theorieansätze vor, die für die Analyse regionaler Machtverschiebungen und die Herausbildung regionaler Führungsmächte fruchtbar sind. Dabei verweisen sie auch auf die Renaissance der Analyse von globalen Machtverschiebungen (power shifts). Demographische, ökonomische und politische Gewichtsverschiebungen hätten aufstrebende Mächte wie China, Indien, Russland, Brasilien, Türkei, Indonesien und Iran in den Fokus größerer Regionalanalysen gerückt. Nolte, Nabers und Femes versuchen, die Machthierarchien und den tatsächlichen Einfluss von regionalen Führungsmächten zu erfassen sowie die Methoden der Einflussnahme in deren Bezugsregionen zu identifizieren. Dabei greifen sie auf eine paradigmübergreifende Methodologie, einen „analytischen Eklektizismus“ zurück: Während neorealistisch-polare Erklärungsmodelle die machtbezogenen Möglichkeitsräume für aktuelle und potenzielle Regionalmächte aufzeigen können, helfen konstruktivistische Ansätze, die Ideen und Selbstverständnisse potenzieller regionaler Hegemone aufzuspüren. Der Liberalismus kann helfen, die sozio-ökonomischen Dynamiken in einer Region zu erfassen und zu erklären.

Bei der Analyse regionaler Machthierarchien stützen sich die Verfasser auf die Theorie regionaler Sicherheitskomplexe von Barry Buzan und Ole Wæver. Der Status als Großmacht innerhalb der Region definiert sich über das Vorhandensein materieller Ressourcen, die Anerkennung durch andere Mächte sowie einen signifikanten Einfluss auf das internationale System. Aufschlussreich ist die Diskussion der Autoren darüber, ob die regionalen Großmächte zu zentralen Elementen einer zukünftig multipolaren Ordnung werden und wie deren Rolle konkret aussehen könnte. Kommt es zu einem Konzert regionaler Führungsmächte mit globaler Reichweite oder wird sich die gegenwärtig „unimultipolare Welt“ (Huntington) gar in eine nicht-polare Welt verwandelt?

Schließlich verweisen die Herausgeber auf die gegenwärtig noch ambivalente Rolle der Regionalmächte in der Welt: Regional agieren sie als Hegemone, global als revisionistische Mächte.

Nadine Godehardt (GIGA) untersucht in ihrem Beitrag Südafrikas regionale Führungsrolle und verbindet dabei einen klassischen geopolitischen Ansatz mit konstruktivistischen Elementen. In Abgrenzung zu herkömmlichen machttheoretischen Modellen konzentrieren sich Geopolitiker auf wirtschaftsräumliche Verflechtungen. Aus dieser Perspektive heraus wird deutlich, dass Südafrika von einem gut ausgebauten Eisenbahnnetz im südlichen Afrika einerseits und von der naturräumlichen Barriere des Regenwaldes im Kongobecken andererseits profitiert. Kombiniert mit dem Selbstverständnis einer friedlichen und demokratischen Macht in der Region (nach den Vorstellungen Nelson Mandelas), so Godehardt, erfüllt Südafrika wichtige Kriterien einer Regionalmacht.

Dirk Nabers zeigt in seinem Beitrag, dass ein gelungenes hegemoniales Projekt nicht nur davon abhängt, ob die Ausübung der politischen Führung rhetorisch eingefordert, sondern insbesondere auch, ob diese auch „natürlich“ oder organisch in einer Gemeinschaft (als *Primus inter Pares*) ausgeübt wird. Idealerweise sollte das damit verbundene Machtpotenzial keinen negativen oder repressiven Charakter haben, sondern Sinn generieren und kollektive Güter erzeugen. Als Forschungsdesiderat fordert Nabers eine „Sozialtheorie regionaler Führungsmächte“, die über das rein Politische hinausgeht.

Joachim Betz (ebenfalls GIGA) bestätigt Nabers Befunde insofern, als er in seinem Beitrag zeigt, dass bei allen regionalen Führungsmächten der Wandel von einer neorealistisch angeleiteten Machtpolitik zu einem mehr *soft power*-basierten Führungsstil nachzuweisen ist. Es sei im genuinen Interesse der Schwellenländer, kostenträchtige und konfrontative Formen der Hegemonie zu vermeiden und die Kosten für die Bereitstellung öffentlicher Güter zu minimieren. Große Aufmerksamkeit werde der Beachtung der Strukturen und Regeln des internationalen Wirtschaftssystems geschenkt; grundsätzlich seien sie bemüht, ihre Position innerhalb des be-

stehenden Systems zu verbessern. Dazu gehörten auch eine stärkere Beteiligung in Institutionen sowie die Übernahme von Mitverantwortung in Strukturen der *global governance*.

Der Band bietet sowohl eine detaillierte und zielführende Neuformulierung von Regionalismustheorien als auch einige innovative Fallstudien. Die Beiträge zeigen, dass ein polarisierendes und erkenntnisminderndes Entweder-Oder zwischen makrotheoretischer und mikrotheoretischer Forschung unnötig ist. Allerdings sollten die zahlreichen, von den Autoren und Herausgebern identifizierten Spannungsfelder innerhalb der Forschung durch weitere Studien und methodische Verfeinerungen präzisiert und, wenn möglich, minimiert werden.

Christoph Rohde

**Julia Lieb, Nicolai von Ondarza, Daniela Schwarzer (eds.), *The European Union in International Fora: Lessons for the Union's External Representation after Lisbon*, Baden-Baden (Nomos Verlag), 2011.**

Now that the united Europe is a great economic power and seeks to exert a strong political and normative influence on the world, the importance of the EU's external image has grown significantly. The recent development of the EU demonstrates the growing interdependence of economics, politics, energy, social policy and other fields, and these are reflected in its relationships with the rest of the world.

At the same time, the role of non-political issues in the EU's external relations often seems to be underestimated in the research literature. The authors of the publication “The European Union in International Fora: Lessons for the Union's External Representation after Lisbon” try to fill this gap. Pointing out the growing challenge of the EU's “fragmented representation on the international scene”, they suggest analyzing the problem of the EU's “actorness” beyond traditional foreign policy, which has already been well researched (pp. 21-22). In the authors' opinion, two basic trends typify the evolution of the EU's external relations: new issues and new actors have appeared on the internation-

al agenda and the EU's policy-making competences have gradually become more externally-oriented. In this regard, the recent Treaty of Lisbon could be considered an important step in adapting EU institutions and mechanisms to the changing global context. The book's main aim is to give “a comprehensive view of the EU's external representation in policy areas other than the broadly studied fields of traditional foreign, security and defense policy” (p. 16). The authors' research focuses on the Lisbon Treaty, which is the current basis for the EU's positions in international fora. It concentrates on issues that are not considered key elements of traditional foreign policy: energy and climate policy; trade; economics and finance; and labor and social policy.

The authors define “international fora” as “areas of formal and informal exchange (e.g. specialized international organizations, conferences or meetings) as well as negotiations of policy norms and rules” (p. 22). The book thus deals with different kinds of EU representation, such as the coordination of common positions and relationships with third parties, as determined by the EU's internal distribution of competences between the EU and its member states (exclusive, shared or fragmented).

After outlining their task, the authors consider the implications of previous theoretical work to the new approach they are applying. They also stress the contradictory influence of the Lisbon treaty reforms. Despite the serious institutional design changes, the division of competences between the national and the EU level basically remains unchanged. The EU “continues to employ a fragmented mix of different types of external relations”: one of the EU's main problems is the unclear role of new institutions such as the High Representative and the European External Action Service (EEAS) (p. 29). At the same time, the most serious challenge for the EU's external representation is the *sui generis* position of the EU among international institutions, which requires a special status and approach to relations with the Union. Ultimately, the authors appear certain that in the future the EU will demand more coordinated policy between EU agencies and member states.

However, the bulk of the book focuses on how the EU could cope with its current fragmentation, not in general terms, but rather with reference to concrete considerations and recommendations on the four specific issues mentioned above. The structure of the body of the book is defined by these four main topics, with two or three papers devoted to each.

The first section considers energy and climate policy. Sami Andoura presents Europe's external energy policy as a key long-term geopolitical, economic, environmental and social concern for the EU. Given the current instability in the sphere of energy, Andoura argues that it is necessary to identify more clearly the goals of the EU's external energy policy and the means it has available to pursue those goals. This chapter also calls for the EU to develop its energy policy and other external policies together with its external partners and considers how the EU could become a strategic actor on this issue.

Two other articles in this section deal with the problem of the EU's role in global climate governance. Simon Schunz gives a critical consideration of changes in the EU's representation in global climate governance in the last two decades and describes three possible ways in which this could be reorganized under the Lisbon Treaty framework. In his view, the most likely scenario is that the EU will integrate its technical and diplomatic efforts to become a more powerful and coherent actor in this field.

According to Antonio Villafranco and Antonio Pavanello, the recent urgent fight against climate change has led to the creation of "semi spontaneous" multilevel governance under the auspices of the UN, the ineffectiveness of which led to the failure of the Copenhagen Summit on Climate Change. The authors' proposal is to create a new post-Copenhagen model of climate-change governance, in which the main roles are played by the G20, the WTO and bilateral/multilateral agreements. This would allow the EU to promote its environmental interests more successfully.

The second section of the book covers the sphere of trade, which is the exclusive competence of the EU Commission. Stephen Woolcock investigates key changes in EU trade policy that are

linked to changes in the EU's institutional design as a result of the Treaty of Lisbon. He stresses the growth in the Commission's power to speak on behalf of the EU on all matters relating to trade in services, the protection of intellectual property rights and foreign direct investments, responsibility for which was also transferred to the EU level. At the same time, the European Parliament's role was also enhanced in this regard, as it must now approve all international trade agreements entered into by the EU. Finally, Woolcock considers how the Lisbon Treaty establishes closer ties between EU trade policy and certain non-economic issues, making the EU's external policy dependent on fundamental principles such as the promotion of democracy, rule of law and human rights.

In a related paper in the same section Clara Weinhardt asks: Is the EU a friend of the developing world? The author's primary subject of analysis are the EU's negotiations on Economic Partnership Agreements (EPAs) with African, Caribbean and Pacific countries and the contribution this kind of cooperation can make to the improvement of economic relations. She recognizes the positive role of EPAs, which help the EU to develop economic ties at a qualitatively higher level, rather than relationships with individual EU countries. On the other hand, the author also stresses that, because the EU has been pursuing its own economic self-interest, it has not yet found common ground for cooperation with developing countries via EPAs. That is why this kind of policy is needed to create compliance with basic external policy aims.

The current economic and financial crisis and its impact on Europe is the main problem analyzed in the third section of the book, which is devoted to economics and finance. Gabriel Gloecker and Zbignew Truchlewski stress that the EU's Economic and Monetary Union (EMU) depends on a complex variety of arrangements, including a number of actors, levels of governance and jurisdictions. At the same time, the prospects for a more coherent external economic and monetary policy, which is a shared long-term goal of the EU member states, are uncertain given the lack of agreement

between member states and the high level of uncertainty.

Daniela Schwarzer's article considers the economic difficulties of the EU in the wider global context. Pointing out the relative weakness of Europe in the current economic climate and the continuing trend of increasing pressure from emerging and developing economies, the author concludes that better representation of the Eurozone in the Bretton Woods institutions (the IMF and the World Bank) is more important than the pursuit of a common monetary policy.

The last part of the book deals with labor and social policy. All three articles in this section focus on the EU's relationships with the International Labor Organization (ILO). Bregt Saen and Jan Orbie, who consider the EU's role in the ILO as a norm promoter, argue that the Treaty of Lisbon in fact failed to address the real causes of contemporary social challenges. The absence of effective distribution of competences concerning social policy in the Treaty of Lisbon is one of main problems with the EU's representation in the ILO that are highlighted in Rudi Delarue's article. Gisbert Brinkmann discusses the EU's efforts to set new labor and social policy standards in the ILO. He claims that the effectiveness of the EU's standard-setting efforts in the ILO pre-Lisbon means that the existing arrangements should not be changed.

The major benefit of the book is the originality of its approach to the problem of the EU's representation in international organizations. The EU is investigated primarily as a promoter of norms and values, which distinguishes it from other political actors. While the majority of researchers have continued to concentrate on traditional political issues, the authors of this book pay attention to non-political problems beyond traditional foreign policy fields, and these could, in fact, be more relevant for the EU's overall role in international relations today. For example, since economics is the main force behind the integration of the EU, and since the EU's economic influence in the world is still stronger than the political power of the united Europe, it would seem to be logical and comprehensible to investigate

subjects like economics and other fields as important factors for the representation of the EU in international organizations alongside its foreign policy itself, as the strictly political sphere is closely interrelated to and depends on developments in other fields.

This publication also conducts a reasonable analysis of new research and recent EU documents concerned with the Treaty of Lisbon. Most importantly, the Lisbon Treaty is considered quite critically. The authors of this book do not promote the Treaty but subject it to analysis, asking which areas of policy in the Treaty should be changed and which should not. It is also necessary to note that just about every article concludes with practical recommendations.

At the same time, some shortfalls should also be mentioned. One concerns the approaches from which the research has been undertaken. Trying to investigate the effectiveness of the EU's external representation in non-traditional areas of the EU's external policy, the authors do not cover all the fields. They pay no attention to the spheres of law, agriculture or transport, for instance. At the same time, the problem of the EU's external fragmentariness, which is mentioned in the book's introduction, is echoed in the articles themselves. Because every author deals with his or her own specific issue, no general conclusions can be reached. Although the critical introduction is excellent, the book contains no real conclusion.

All in all, this publication makes a good start to investigating the external role of the EU by a new and productive approach, and it makes a significant contribution that will enable future research to continue to pursue this question. It could be recommended for experienced researchers and advanced scholars in the area of European Studies. It should also be noted that some articles are recommended for a wider audience (e.g. those on economics and finance) and some are written in a more technical way (as in the articles on social and labor policy). Finally, thanks to the wealth of recommendations in various fields of EU policy, the book could have useful practical applications.

Sergei Rastoltcev

**Jan Stöber, *Battlefield Contracting – Die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland im Vergleich*, Wiesbaden (Springer VS), 2012.**

Private Unternehmen erbringen schon seit geraumer Zeit Dienstleistungen für das Militär im Inland. Seit einiger Zeit gilt dies jedoch auch für militärische Einsätze im Ausland. Die sogenannten „Contractors“ übernehmen dabei eine Vielzahl von Aufgaben, wobei die Bandbreite je nach Land variiert. Sie reicht von logistischen Aufträgen wie der Essensversorgung und dem Aufbau von Stützpunkten im Einsatzgebiet über die Wartung von militärischem Gerät bis hin zu Sicherheitsdienstleistungen. Diese Auslagerung von unterstützenden Diensten für das Militär an die private Wirtschaft bei Auslandseinsätzen bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Dissertation.

In seiner Arbeit untersucht Jan Stöber verschiedene Outsourcing-Ansätze. Dabei konzentriert er sich vor allem auf die Frage, welche institutionellen Rahmenbedingungen und allgemeinen sowie spezifisch militärischen Herausforderungen diese Ansätze beeinflussen. Hierzu vergleicht er die Strategien der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands. Die ersten beiden bezeichnet Stöber als Vorreiterländer beim Outsourcing, Frankreich und Deutschland hingegen als Nachzügler. Stöber beschränkt sich in seiner Forschung zeitlich auf die Jahre 2003 bis 2008 und räumlich auf die Einsätze im Irak (bezogen auf die USA) und in Afghanistan (bezogen auf alle vier Vergleichsländer). Er distanziert sich zu Beginn seiner Dissertation von dem in der Debatte oft verwendeten Begriff *Private Military & Security Company* (PMSC). Stattdessen benutzt er für private Dienstleister des Militärs den Ausdruck „Contractors“, da dieser normativ unbelastet sei und offen lasse, um welche Art von Dienstleistung es sich handelt.

Nach einer Einführung in die Materie erklärt er im zweiten Kapitel seine Vorgehensweise, die theoretische Einbettung und das Untersuchungsdesign. Stöber verwendet die „Focused-Structured Comparison“ von George und Bennett und greift zur theoretischen Eingrenzung auf die Neue Institutionenökonomie zurück. Daraus ergibt sich ein For-

schungsdesign, das die vier Länderfälle auf drei Themenfelder anwendet: 1. die institutionellen Rahmenbedingungen, 2. die generellen und 3. die spezifisch militärischen Herausforderungen.

Im dritten bis sechsten Kapitel werden aufeinanderfolgend die beiden Vorreiterländer USA und Großbritannien und die Nachzügler Frankreich und Deutschland untersucht. Im achten Kapitel vergleicht er deren Ansätze und Handlungsweisen. Dabei erfolgt der Vergleich vor allem vertikal zwischen Vorreiter- und Nachzüglerländern, aber auch Unterschiede innerhalb der jeweiligen Gruppen werden herausgestellt. Außerdem enthält die Dissertation im siebten Kapitel einen Exkurs, der auf die jeweiligen Ansätze und Strategien der NATO und der EU eingeht.

Hinsichtlich der Motive für Outsourcing in den einzelnen Fällen ergeben sich in der Untersuchung der institutionellen Rahmenbedingungen Parallelen/Gemeinsamkeiten, die im weiteren Verlauf des Vergleichs eher selten bleiben sollen. So wollen alle Länder ihre eigenen Truppen entlasten und Kapazitätslücken im Auslandseinsatz schließen. Große Unterschiede werden deutlich, wenn Stöber das Ausmaß und die Bandbreite des Outsourcings beschreibt. So gehen die USA am weitesten: Mittlerweile kommt auf jeden Soldaten im Einsatz ein Contractor. Auch beauftragen die USA private Unternehmen teilweise mit Dienstleistungen in sensiblen Bereichen wie der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung und dem Anlagen- und Personenschutz. Diese Praxis ist in den anderen Ländern bis auf wenige Ausnahmen nicht zu finden. Auch hinsichtlich der Auftraggeber zeigen sich Unterschiede. So haben sowohl die USA als auch Großbritannien sogenannte Rahmenvertragsprogramme mit nur einem oder sehr wenigen Generalvertragsnehmern geschlossen, die ihrerseits Subunternehmen beauftragen. Durch diese teilweise Ausgliederung der Vertragsverwaltungsfunktionen werden zwar Dienststellen entlastet und die Anpassung an sich verändernde Umstände im Einsatzgebiet kann schneller gewährleistet werden. Gleichzeitig werden aber auch die staatlichen Kontrollmöglichkeiten beschränkt und es entsteht eine Abhängigkeit von dem Generalunter-

nehmer. Frankreich und Deutschland hingegen vergeben meistens nur Einzelverträge zu festen Konditionen. Laut Stöber seien jedoch erste Bewegungen hin zu relationalen Verträgen erkennbar. Außerdem versuche man, die Vertragsverwaltung durch öffentliche Stellen zu erbringen. Man sei zwar dabei, diese Stellen zu zentralisieren, eine Ausgliederung stehe aber nicht zur Debatte. Als weitere generelle Herausforderung bezeichnet Stöber die Auswahl der Vertragsnehmer. Hier bemängelt er, dass der Wettbewerb oft einer beschleunigten Beschaffungspolitik zum Opfer fällt. Allerdings meint er eine langsame Kehrtwende hin zu mehr Wettbewerb feststellen zu können.

Angesichts der spezifisch militärischen Herausforderungen zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den Vorreiter- und Nachzüglerländern. Ein wichtiger Punkt ist der mögliche Leistungswegfall von durch Contractors erbrachten Dienstleistungen. Sowohl die USA als auch Großbritannien verlassen sich voll und ganz auf die ständige Leistungsfähigkeit der Contractors und wären auf ein solches Szenario nicht vorbereitet. Bis jetzt seien beide Länder in diesem Vorgehen bestätigt worden, da sich noch nie einer ihrer Contractors aus dem Einsatzgebiet zurückgezogen hat. In Frankreich und Deutschland herrscht ein anderes Denken. Hier gilt die Doktrin, dass immer eine militärische Rückfallposition vorhanden sein, d.h. jeder Ausfall einer ausgegliederten Leistung sofort kompensierbar sein muss. Hinsichtlich der Integration der Contractors in die militärische Planung und Operation wird in der Vergleichsstudie klar, dass vor allem den USA in der bisherigen Praxis Versäumnisse unterlaufen sind, die in einigen Fällen zu Problemen geführt haben. So hatten US-Soldaten teilweise keinerlei Informationen über die Existenz oder die Aufgaben von Contractors, weswegen es zu Störungen von militärischen Operationen kam. Mittlerweile bemühen sich die militärischen Planungsorgane zunehmend, die Integration der Contractors zu verbessern.

Zu den spezifisch militärischen Herausforderungen gehört auch die zusätzliche Belastung der Streitkräfte durch Schutzmaßnahmen zugunsten der Contractors. Hier stellt Stöber fest, dass wohl in allen vier untersuchten Ländern bewaff-

nete, so genannte Security Contractors, zum Einsatz kommen. Diese stehen jedoch nur sehr selten in einem unmittelbaren Vertragsverhältnis zu den Streitkräften, sondern sind Subunternehmer von Contractors. Anfangs verfügten die Streitkräfte über wenig Kontrolle und Koordinationsmöglichkeiten über diese zivilen, aber bewaffneten Sicherheitskräfte. Nach einigen blutigen Zusammenstößen zwischen letzteren und der Zivilbevölkerung des Einsatzlandes haben die USA und Großbritannien mittlerweile viel unternommen, um diese Situation zu verbessern. In Deutschland und Frankreich lässt sich keine fortgeschrittene Auseinandersetzung mit dem Thema feststellen – ein Umstand, den Stöber kritisiert und als kontraproduktiv bezeichnet.

Bezüglich der Frage, welcher Rechtsprechung die Contractors unterliegen, verfolgen die vier Länder ähnliche Ansätze. So versuchen sie etwa, die zivilen Dienstleister in Afghanistan als Heeresgefolge zu erfassen, sodass sie unter die Rechtsprechung des Landes fallen, das sie entsandt und beauftragt hat. Stöber wirft jedoch die Frage auf, inwiefern die nationalen Rechtssysteme tatsächlich in der Lage wären, Situationen, in denen es eventuell zu Rechtsbrüchen gekommen ist, abschließend beurteilen zu können.

Besonders bezogen auf die Fallbeispiele Frankreich und Deutschland lässt sich anmerken, dass Stöbers Vergleich in manchen Bereichen nicht sehr fundiert ist. Dies bemängelt der Autor auch selbst und es ist ihm kaum zur Last zu legen, da beide Länder äußerst sparsam mit Informationen umzugehen scheinen. So gibt es keine veröffentlichten Daten, die darlegen, wie viele Contractors sich im französischen oder deutschen Einsatzgebiet befinden. Auch wird nicht immer offengelegt, wofür genau Contractors angeheuert wurden. So musste Stöber in seiner Forschung in großem Stil auf Experteninterviews zurückgreifen, eine langwierige Methode, durch die man immer nur Teileinformationen erhalten kann. Er begreift seine Dissertation daher auch als Anstoß zu mehr Transparenz durch öffentliche Stellen in diesem Bereich.

In seiner Einleitung erwähnt Stöber verschiedene Ereignisse, die Contractors im negativen Sinne ins Licht der medialen

Öffentlichkeit gerückt haben, so etwa den Beschuss zweier, von Taliban-Kämpfern entführten Tanklaster durch die aliierten Truppen in Afghanistan 2009. Die Ladungen der Tanklaster waren für einen Contractor der Bundeswehr bestimmt. Der Autor wirft in diesem Zusammenhang kritische Fragen zur Rolle der Contractors auf. Leider geht er in der weiteren Untersuchung nicht mehr auf diesen und andere Zwischenfälle ein. Auch wenn das Jahr 2009 nicht in seinen Untersuchungszeitraum fällt, wäre eine intensivere Auseinandersetzung mit konkreten Fällen, in denen die Outsourcing-Strategien und die Rolle der Contractors zu gefährlichen Situationen geführt haben, wünschenswert und sicher auch spannend gewesen.

Trotzdem leistet Stöbers Dissertation einen wichtigen Beitrag zur Debatte um Contractors im militärischen Einsatzgebiet und zeigt deutlich auf, welche Missstände teilweise beim Umgang des Militärs mit diesem Thema herrschen. Besonders der Aufruf an die untersuchten Staaten zu mehr Transparenz und Offenlegung von Informationen ist positiv hervorzuheben.

Paula Boks

**Hui-Ling Huang, EU und VR China nach dem Ost-West-Konflikt: Interaktionen im Spiegel des Neoliberalen Institutionalismus, Wiesbaden (Springer VS, 2012).**

In der Disziplin der Internationalen Beziehungen wurden außenpolitische Analysen lange Zeit hauptsächlich aus dem Blickwinkel von Realismus und Neorealismus durchgeführt. Militärische Stärke und die relative Machtposition von rationalen, egoistischen Staaten bestimmen demnach das Verhalten der Akteure im internationalen Raum. Die Frage, wie zum Beispiel internationale Regime sich auf die Außenpolitik von Staaten auswirken, wird in diesen Ansätzen nicht aufgegriffen. Doch genau dieser Zusammenhang liegt im Zentrum des Interesses von Hui-Ling Huang. Die Taiwanerin untersucht in ihrer Dissertation die Beziehungen zwischen der EU und der VR China seit dem Ende des Kalten Krieges und fragt dabei, wie internationale Regime, also formelle und informelle Institutionen, als intervenierende Variablen

das Verhalten von Staaten innerhalb eines anarchischen internationalen Systems beeinflussen. Aufbauend auf der Theorie des neoliberalen Institutionalismus formuliert sie die Ausgangshypothese, dass der Rückgang der US-Hegemonie im internationalen System ebenso wie die verstärkt aufkommenden komplexen Interdependenzbeziehungen zwischen der EU und der VR China und die Bildung und zunehmende Relevanz internationaler Regime als Foren der Interaktion zwischen diesen beiden Akteuren seit 2006 zu einer stetigen Institutionalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen geführt haben.

Im Anschluss an eine fundierte theoretische Einführung in den neoliberalen Institutionalismus untersucht die Autorin zunächst, inwiefern dessen Annahmen sich als Grundlage ihrer Forschung eignen. Hui-Ling Huang stellt für den Untersuchungszeitraum einen deutlichen Rückgang der US-Hegemonie fest. Gleichzeitig hätten die EU und China, im Sinne einer „bounded rationality“, eigenständige außenpolitische Interessen und Präferenzen formuliert. Zudem sei eine Interaktion zwischen den beiden Akteuren, z.B. im Rahmen internationaler Regime wie dem Asia-Europe-Meeting, festzustellen. Aufbauend auf diesen Beobachtungen, untersucht sie umfassend die Interaktion zwischen EU und China und erklärt dabei die Genese der verschiedenen internationalen Regime und ihre Funktionen.

In einem weiteren Schritt weist die Autorin sogenannte „komplexe Interdependenzen“ zwischen den beiden Akteuren nach. Diese macht sie insbesondere innerhalb der verschiedenen Kontaktkanäle – von bilateralen Treffen bis hin zu touristischen Beziehungen – aus. Militärische Aspekte spielten, so Hui-Ling Huang, dabei kaum eine Rolle. Zwischen der EU und der VR China bestehe allerdings ein asymmetrisches Machtverhältnis, das die Autorin hauptsächlich auf die unterschiedlichen politischen Systeme zurückführt. So sei die auf demokratischen Systemen beruhende EU zum Beispiel in Menschenrechtsfragen „verwundbarer“ als die autoritär geführte VR China. Generell stellt Huang fest, dass beide Akteure sich eher in wirtschaftlicher als in gesellschaftlicher Hinsicht gegenseitig beeinflussen können. China sei des Weiteren „stärker“ in Bereichen

der traditionellen *High Politics*, wie z.B. Sicherheit, die EU sei dagegen „gleich stark“ in den *Low Politics*-Bereichen wie etwa dem Außenhandel.

Durch die detaillierte Untersuchung der EU-China-Beziehungen innerhalb der zuvor identifizierten internationalen Regime wird im Folgenden das Hauptargument des Buches angegangen. Hierbei wird einerseits deren steigende Bedeutung als Kanäle und Katalysatoren der Beziehungen festgestellt, andererseits aber auch ein Wandel der regimerelevanten Themen dargelegt. Im Einklang mit den zuvor festgestellten Machtverhältnissen in verschiedenen Themenfeldern geht aus der Analyse hervor, dass wirtschaftliche Themen am erfolgreichsten und produktivsten behandelt worden sind, während bei gesellschaftlichen Aspekten, wie Menschenrechtsfragen oder dem Umweltschutz, Rhetorik und Handeln weit auseinanderklaffen. Neben der asymmetrischen Ausgestaltung der jeweiligen Entscheidungsfindungsprozesse spielen hierfür, so Huang, die jeweiligen Interessenkalkulationen und gegenseitigen Außenpolitiken, die die Autorin im ersten Teil vorstellt, eine ausschlaggebende Rolle.

Nach der Vorstellung dieser empirischen Befunde untersucht Huang anhand von vier Modellen, warum sich die internationalen Regime zwischen den beiden Akteuren auf diese Art gewandelt haben. In diesen Modellen werden ökonomische Prozesse, die Art und Ausgestaltung von internationalen Organisationen, die Machtstruktur im gesamten internationalen System sowie die Besonderheiten von einzelnen Themenfeldern und die asymmetrische Macht, die Staaten darin haben, als Erklärungsansätze herangezogen. Jedes Modell konzentriert sich dabei auf unterschiedliche Schwerpunkte und die Autorin schließt die Analyse mit der Feststellung, dass keines der einzelnen Modelle den Wandel der internationalen Regime alleine komplett erklären könne; in Kombination jedoch ergeben sie ein vollständiges Bild.

Im abschließenden Fazit erklärt Huang die Theorie des Neoliberalen Institutionalismus für besonders geeignet, die Dynamik der EU-China Beziehungen nach 1990 zu erklären. Grundannahmen ebenso wie die intervenierenden Variablen der Theorie treffen auf den Untersuchungsgegenstand zu, und den resultierenden

internationalen Regimes kann eine gewachsene und weiterhin wachsende Bedeutung zugeschrieben werden. Weiterhin wurden Modelle des Neoliberalen Institutionalismus – gerade in Kombination mit anderen Ansätzen – als nützlich erkannt, um den konkreten Wandel dieser Regime zu erklären. Im Rückverweis auf die gegenseitigen Interessenkalkulationen und Ziele stellt die Autorin schließlich fest, dass China in den untersuchten Regimen erfolgreicher als die EU seine Zielsetzungen umgesetzt hat.

Insgesamt lässt sich der Publikation vor allen Dingen ihre umfangreiche Analyse anrechnen, die über einen Zeitraum von etwa sechzehn Jahren ein umfassendes Bild der EU-China-Beziehungen vermittelt. Jedoch leidet die Analyse unter Ungenauigkeiten der gewählten Theorie, deren einzelne Begrifflichkeiten, wie zum Beispiel „Interaktionen“ und „Interdependenzen“ teilweise schwer zu trennen sind und in der Analyse nicht überzeugen. Dies trifft vor allem für die „Messung“ von asymmetrischer Macht anhand der Konzepte von Empfindlichkeit und Verwundbarkeit zu, da z.B. wirtschaftliche Interdependenz im Falle der EU als Stärke bezeichnet wird, während die wirtschaftliche Macht der USA als stärker erklärt wird, gerade weil sie einen geringeren internationalen Verflechtungsgrad aufzeigt. Teilweise umständliche Sprache erschwert das Verständnis des theoretischen Rahmens zusätzlich. Auch die große inhaltliche Bandbreite der Analyse wird stellenweise zu einem Nachteil der Publikation, da sie teils lange deskriptive Passagen erforderlich macht, in denen die verschiedenen Interaktionen aufgelistet werden. Leider vermag es Huang nicht, diese zu begrenzen und so finden sich besonders im Mittelteil des Buches längere sich wiederholende Passagen.

Im abschließenden Fazit jedoch gelingen der Autorin interessante Schlussfolgerungen und ein gekonnter Rückgriff auf die Theorie. Da die Publikation vor allem untersucht, inwiefern sich die gesamten EU-China-Beziehungen mithilfe des Neoliberalen Institutionalismus erklären lassen, eignet sich die Analyse dementsprechend sowohl als Überblick über die Entwicklungen zwischen den untersuchten Akteuren als auch als ausführliche Anwendung von Keohanes

und Nyes Theorie des Neoliberalen Institutionalismus.

Cédric Maxime Koch

**Michael Staack (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik, München (Oldenbourg Wissenschaftsverlag), 2012.**

Die Strukturen und Inhalte der internationalen Politik sind besonders in der letzten Dekade und im Hinblick auf neue Herausforderungen komplexer geworden. Der Sammelband „Einführung in die Internationale Politik“ erscheint nun in der fünften Auflage. Das Studienbuch will die Grundkenntnisse der internationalen Politik vermitteln und greift dabei explizit auch aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich auf. In drei Teilen und insgesamt 20 Kapiteln behandeln 26 Autoren theoretische Grundlagen der internationalen Beziehungen (Teil A: *Die internationalen Beziehungen als Lehr- und Forschungsgegenstand*, Teil B: *Wichtige Akteure*, und Teil C: *Internationale Konfliktfelder und Globale Ordnungsprobleme*). Der Herausgeber, Michael Staack, trägt mit dem Kapitel zur *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland* einen aufschlussreichen Überblick bei.

Thematisch neue Kapitel dieser Auflage sind *Die Außenpolitik Indiens* (Christian Wagner), *Wirtschafts- und Gesellschaftswelt: Nicht-staatliche Akteure in den internationalen Beziehungen* (Andrea Liese), *Frieden und Friedenskonsolidierung* (Tatjana Reiber) sowie *Völkerrecht* (Andreas von Arnauld/Simon Neumann) und das Kapitel zur *Rolle nicht-staatlicher Gewaltakteure in der internationalen Politik* (Ulrich Schneckener). Das Kapitel zur *Rolle der Vereinten Nationen in den internationalen Beziehungen* (Manfred Knapp) wurde für die vorliegende Auflage umfassend aktualisiert. Die Bedeutung einer solchen Einführung in die Rolle der Vereinten Nationen (VN) kann in einem solchen Einführungsbuch nicht überschätzt werden.

Der Autor, Manfred Knapp, eröffnet das Kapitel nicht, wie man erwarten könnte, mit einer kurorischen Übersicht der Ziele und Geschichte der VN, sondern mit dem Millennium-Gipfel von 2000, womit er bereits eine Kernproblematik des VN-Systems anreißt: nämlich die geringe Bereitschaft der Mitgliedstaaten,

Kompetenzen an die VN zu übertragen. Er weist von Beginn an auf die Probleme der VN hin und zeigt eine ganze Reihe von erheblichen Schwächen der Organisation auf. So beschreibt er u.a. die Herausbildung der ‚Koalition der Willigen‘, die im Zuge des Irakkrieges die VN-Autorität umging, als „traurige[n] Höhepunkt in [der] Missachtung der Weltorganisation“ (S. 86). Der Autor fährt mit einer eher knapp bemessenen Einführung der Entstehungsgeschichte der VN fort, sowie einer Beschreibung der Strukturen und Organe, wobei er auch hier darauf hinweist, dass das Ziel der Kollektiven Sicherheit durch das Vetorecht der Ständigen Mitglieder grundsätzlich unterminiert wird. Der Hauptteil *Wichtige Tätigkeitsbereiche und Aktivitäten* wird von Knapp in drei Bereiche gegliedert. Der Autor behandelt in diesem Teil die Friedenssicherung, die wirtschaftliche und soziale Friedensförderung sowie weitere Tätigkeitsbereiche. Die Gebiete Friedenssicherung und Friedensförderung verdeutlichen besonders gut die Entwicklungen, Veränderungen und Errungenschaften der VN. So haben sich Merkmale und Verwendung von Friedensmissionen deutlich verändert. Zudem wird die bedeutende Rolle der VN bei der Auflösung der Kolonien angesprochen sowie das Engagement der Organisation in Bezug auf die Entwicklungsproblematik. Dies alles beschreibt der Autor jedoch nicht, ohne wiederholt auf die Probleme, Blockaden und Defizite innerhalb der VN hinzuweisen.

Teil drei des VN-Kapitels thematisiert das Völkerrecht, die Rüstungskontrolle und den Menschenrechtsschutz. Zum Menschenrechtsthema gibt Manfred Knapp einen guten Überblick über die Entstehung und Normierung des VN-Menschrechtsregimes. Er spricht der VN „beachtliche Erfolge“ in diesem Bereich zu (S. 107), verweist aber auch auf die Unterschiede im Menschenrechtsverständnis der VN-Staaten und deren konfliktförderndes Potenzial. Trotz der aufschlussreichen Einführung in die drei Bereiche muss angemerkt werden, dass es mitunter zur Duplizierung der Inhalte mit anderen Kapiteln kommt. Dies lässt sich zwar aufgrund der Natur der VN nicht ganz vermeiden, hätte aber trotzdem besser gelöst werden können. Obwohl die Kritik an den VN nicht nur angebracht, sondern auch wichtig ist, erscheint die durchgängig negative Zeichnung doch überspitzt.

Das Kapitel *Die Rolle nicht-staatlicher Gewaltakteure in der internationalen Politik* verfasst von Ulrich Schneckener, führt verständlich in die wissenschaftliche Debatte und in die empirischen Probleme ein, die sich im Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren in Konflikt- und Friedensprozessen ergeben. Nichtstaatliche Gruppen haben, so die Daten des *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP), mittlerweile einen beachtlichen Anteil an den gegenwärtigen Konflikten. Schneckener zeigt die wesentlichen kontroversen Punkte um die (Nicht-)Integration von nichtstaatlichen Gewaltakteuren, auch wenn die ‚Spoiler-Debatte‘ nur kurz angerissen wird. Oft sind diese Gruppen sowohl Störer von Friedensprozessen als auch potenzielle Governance-Akteure, deren Positionen und Handlungen Friedensprozesse befördern können. Probleme ergeben sich bei der Identifikation der wahren Motive und Ziele dieser Gewaltakteure sowie bei der korrekten Einschätzung geeigneter Maßnahmen. Hierzu stellt Schneckener die verschiedenen Arten von nichtstaatlichen Gewaltakteuren (Rebellen, Milizen, Terroristen, Klanchefs, Warlords, kriminelle Gruppen, aber auch private Sicherheitsfirmen bzw. Söldner) dar und versucht deren Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Trotz vielfacher Unterschiede, so der Autor, ist die Kategorisierung für den weiteren Umgang mit diesen Akteuren im Friedensprozess hilfreich und eine Unterscheidung daher wichtig. Im Weiteren diskutiert Schneckener drei Handlungsoptionen im Umgang mit den nichtstaatlichen Gewaltakteuren: Erstens, die vom Realismus geprägte Herangehensweise der Bekämpfung und Exklusion; zweitens, den institutionalistischen Ansatz des Verhandelns (bargaining), und drittens, den sozialkonstruktivistisch inspirierten Ansatz des Überzeugens. Ganz gleich, welchem Ansatz man folgt – Schneckener kommt zu dem Schluss, dass der Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren in jedem Fall schwierig und komplex ist und Handlungsempfehlungen daher ebenso schwer zu formulieren sind.

Insgesamt bietet der 813-seitige Sammelband einen umfassenden Einblick in viele Bereiche der internationalen Politik mit gut verständlichen Beiträgen zur Einführung für Studierende der Politikwissenschaften und interessierte Leser. Wichtige neue Bereiche wurden in der

Neuauflage ergänzt, andere, wie z.B. das Thema *Governance*, könnten vertiefende Behandlung erfahren.

Constanze Maria Litt

**Robert Haywood, Roberta Spivak, Maritime Piracy, London (Routledge), 2012.**

While piracy as seen as a local problem, in effect, it has far-reaching consequences. While piracy is mostly concentrated in East and West Africa and South-East Asia, its geographical ramifications go beyond these regions, though indirectly. Haywood and Spivak stress that maritime piracy is now a pressing global issue and that current efforts aimed at combatting the problem are inefficient and need to be reenergised in order to be effective.

Their book, *Maritime Piracy*, aims to provide a concise and informative introduction to maritime piracy and maritime governance. The authors trace the history of piracy, beginning with an overview of the historical development of piracy and the relevant maritime governance structures currently existing. Tracing current debates about how to best combat piracy, the authors stress that maritime governance needs to be reworked and current counter-piracy efforts need to be re-examined.

In the first chapter, the authors briefly present the scope of the problems stemming from piracy. The authors move to the definition of piracy and the general perspectives that states have had towards pirates throughout history. The authors analyze the ramifications of piracy and how people, the environment, business and society as a whole are affected. The authors also attempt to present that modern piracy is not just a problem around Somalia, but rather a persistent global problem – piracy manifests itself wherever pirates are able to find a relatively safe haven, which includes access to the sea, and a weak or corruptible government.

Chapter 2 examines the history of piracy, and traces the historical attitude states have had towards pirates, including periods from ancient history. They also examine several themes in the history of piracy, including the importance of the state of ship registry (flag state) and how changes in the nature of flag states have diminished the states' capacity to protect

their ships. They also focus on the dichotomy of public perceptions of pirates: on the one hand being feared, but on the other hand being held up as saviors of the subjugated (Robin Hood narrative).

In the third chapter, the public and private international institutions and organizations that have been developed to ensure maritime security are highlighted. Additionally, there is a focus on the integral features of current counter-piracy efforts stemming from government, business and civil society. The authors place an emphasis on the importance of cooperation between all actors involved in countering piracy, yet they show that as of yet efforts have not been successful – despite the known need for shared global efforts, there is reluctance from the actors involved to cooperate in combatting maritime piracy.

Chapter 4 traces the contemporary response to piracy, and how over time evolving norms have changed the way modern states act in countering pirates. In this regard, the chapter demonstrates the important impact of changing normative and legal conceptions, including which bodies have the responsibility for enforcing national and international law over the sea and what limitations, if any, should be placed on counter-piracy actors when they undertake their role. The chapter also discusses the notion that pirates, as human beings, are entitled to human rights, just as anyone else – the basic premise of which is that a person who commits unjust acts is equally entitled to human rights as any law-abiding citizen. It describes the human rights treaties and conventions that modern navies and judiciaries are bound by when confronting pirates. The chapter also looks at the issue of sovereignty and how changing notions hamper international counter-piracy efforts, including the codification of these changing norms in international law, most notably UNCLOS.

Chapter 5 addresses the debates regarding how states should counter pirates. The authors focus on the legal, tactical and philosophical debates regarding the engagement of pirates. The chapter examines both sides of debates regarding whether pirates should be considered criminals or combatants, and whether military strikes on pirate bases are the answer to ending their scourge. It con-

tinues with a more technical examination of legal disputes involving the prosecution of pirate suspects. The chapter ends with a look at the more tactical debates in maritime security that include the use of private security companies on ships and the payment of ransoms for the release of cargo and hostages.

Chapter 6 examines the gaps in maritime governance structures that are allowing piracy to flourish. As the authors explain, piracy occurs when governance on land and sea are inefficient and weak or where coastal states do not keep up with their responsibilities and duties in terms of international law. In this chapter the focus is placed on the gaps relating to legal issues related to combatting piracy that permit it to take hold in certain parts of the world. The authors stress that so far responses to piracy have been inefficient and have thus far not focused on the root causes of piracy. The authors make note of the inefficiencies in international legal frameworks directly related to maritime piracy.

The final chapter looks at the contemporary debates about how to best combat piracy and how piracy could actually become more threatening over time. In this chapter, the authors examine new and developing trends in piracy, and how long-term solutions to the problem may look like in the future. The authors do not conclude their analysis by providing a silver bullet, but rather they suggest some possible paths that may be useful directions for counter-piracy.

Overall, the book provides an interesting overview of the nature of piracy, both historically and currently, and it presents the major issues and debates prevalent in the counter-piracy narrative. As mentioned, the book does not aim to present comprehensive plans for a solution to piracy, but rather it elucidates three main ideas: piracy results from a lack of effective governance (at the international and national level); dated legal frameworks for counter-piracy measures are inconsistent with modern realities; and new systems of governance that take modern realities into account must be evaluated and implemented.

Dan Brenner